

Bericht über den Stand der IT-Ausstattung der Justiz des Landes Brandenburg

(Stand Juli 2010)

A. Vorbemerkung	2
B. Fachverfahren und Projekte.....	2
I. Fachverfahren	2
1. AUREG	2
2. BASIS / BASIS-web	3
3. EUREKA-FACH	3
4. forumSTAR	3
5. LISA	4
6. MEGA	4
7. MEGA-Inso	4
8. MESTA und SAS.....	5
9. SolumSTAR	6
10. TRIJUS-Fach	6
11. Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg	6
12. Zentrales Schuldnerverzeichnis.....	6
II. Weitere Verfahren und Dienste.....	7
1. Ausstattung der Sozialen Dienste.....	7
2. Internetauftritte der Gerichte und Staatsanwaltschaften	7
3. Internetzugang	7
4. Juristische Datenbanken	8
5. Justizinformationssysteme	8
6. KASH	8
7. Kommunikation per E-Mail	9
8. Spracherkennung.....	9
9. Veröffentlichung von Insolvenzbekanntmachungen im Internet.....	9
10. Zentrales Vorsorgeregister	10
III. Elektronischer Rechtsverkehr	10
IV. Aktuelle Einzelprojekte	10
1. Einführung eines DMS/VBS im MdJ (EL.DOK).....	10
2. PerIS	11
3. Elektronische Verkündung von Gesetzen und Verordnungen.....	11
4. Vollständiges Landesrecht im Internet.....	12
5. Bildung eines zentralen IT-Dienstleisters.....	12

A. Vorbemerkung

Die Arbeitsfähigkeit der Gerichte und Justizbehörden hängt von der permanenten Einsatzfähigkeit der genutzten Fachverfahren ab. Nach Abschaffung von manuellen Registern und Zählkarten müssen die nun elektronisch vorgehaltenen Datenbestände jederzeit verfügbar sein. Die für die Tätigkeit der Justizmitarbeiter maßgeblichen Informationen können regelmäßig nur noch über das jeweilige Fachverfahren oder per Online-Recherche erhoben werden. Die Ablösung der klassischen Vorgangsbearbeitung und Aktenhaltung durch den voranschreitenden Einsatz von Dokumentenmanagementsystemen (DMS) und elektronischen (Hilfs-)Akten stellt auch die brandenburger Justiz vor neue Herausforderungen, die sich nur im Verbund mit anderen Ländern und mit der Unterstützung durch Landes- und externe Dienstleister bewältigen lassen.

B. Fachverfahren und Projekte

I. Fachverfahren

1. AUREG

Die vier Brandenburger Registergerichte bei den Amtsgerichten in Cottbus, Frankfurt (Oder), Neuruppin und Potsdam führen die Handels-, Genossenschafts- und Partnerschaftsregister - seit Ende 2006 auch die Vereinsregister - mit dem Fachverfahren AUREG. AUREG wurde zusammen mit den Ländern Berlin, Schleswig-Holstein und Bremen entwickelt und wird im Rahmen dieses Verbundes gemeinsam gepflegt.

Die elektronische Datenhaltung im Verfahren AUREG ermöglicht es, die seit dem 1. Januar 2007 nur noch in elektronischer Form einzureichenden Unterlagen ohne Medienbruch zu bearbeiten und die Registereintragungen online verfügbar zu machen. Für die elektronische Führung der Registerakten setzt der AUREG-Verbund das von der Firma PDV entwickelte DMS VISkompakt ein, dessen Umstellung auf eine Web-Oberfläche mit der Version VIS 5.0 beabsichtigt ist. Die Registerabfragen erfolgen über das bundesweite Registerportal (www.handelsregister.de). Daneben ist die Registereinsicht vor Ort in den Registergerichten möglich.

2. BASIS / BASIS-web

Das Fachverfahren BASIS-web wird seit Ende 2009 in allen Justizvollzugsanstalten des Landes zur Unterstützung der Bereiche Vollzugsgeschäftsstelle, Arbeitsverwaltung, Zahlstelle und Vollzug eingesetzt. Das vorherige Programm BASIS wurde im Verbund mit 13 Bundesländern sowie dem Land Luxemburg fachlich überarbeitet und programmtechnisch auf eine moderne Webtechnologie überführt.

Neue Programmteile und der Einsatz weiterer Software mit Schnittstellen zu BASIS-web versprechen weitere Effizienz- und Qualitätsgewinne, z. B.:

- Integration eines Moduls für den ärztlichen Dienst,
- Einsatz des Kammerverwaltungsprogramms Nexus.Velis,
- Einsatz von Datawarehouse für übergeordnete statistische Abfragen aus der Fachanwendung BASIS-web.

Parallel zum Einsatz von BASIS-web wird der bestehende Kommunikationsverbund weiter entwickelt.

3. EUREKA-FACH

EUREKA-Fach ist eine bewährte Anwendung für die Fachgerichtsbarkeiten. Im gleichnamigen Entwicklungsverbund sind 12 Bundesländer vertreten. Die Software unterstützt alle gerichtlichen Arbeitsplätze - von den Serviceeinheiten bis zu den Richtern - und bildet sämtliche Kernfunktionalitäten ab, die im Geschäftsablauf anfallen. Brandenburg setzt EUREKA-Fach am Finanzgericht Berlin-Brandenburg und an den drei Verwaltungsgerichten ein.

4. forumSTAR

In der ordentlichen Gerichtsbarkeit soll zukünftig forumSTAR zum Einsatz kommen. Brandenburg ist dem forumSTAR-Verbund gemeinsam mit Berlin im November 2009 beigetreten. Nicht zuletzt die zum 1. September 2009 in Kraft getretenen Änderungen aufgrund des Gesetzes über Änderungen des Verfahrens in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit haben erneut deutlich gemacht,

dass kurzfristige und/oder umfangreiche Gesetzesänderungen kleinere Entwicklungsverbände oftmals vor erhebliche Probleme stellen, die in einem größeren Verbund auch finanziell eher zu bewältigen sind. Mit dem Beitritt zum forumSTAR-Verbund ist daher auch die Erwartung verknüpft, insofern zukünftig entlastet zu werden. Zurzeit werden die notwendigen weiteren Schritte für die auf fünf bis sechs Jahre angelegte Einführung von forumSTAR vorbereitet. Dabei stellt das technische Infrastrukturkonzept einen wesentlichen Inhalt der Planungen dar.

5. LISA

LISA wird in Brandenburg bei dem Landessozialgericht Berlin-Brandenburg und den vier Sozialgerichten eingesetzt. Die Kernfunktionalitäten dieses bewährten Verfahrens entsprechen denen von EUREKA-Fach. Die Ablösung von LISA steht mittelfristig an.

6. MEGA

Derzeit werden die Serviceeinheiten, Rechtspfleger und Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit noch durch das Programm MEGA unterstützt. Im Rahmen des MEGA-Entwicklungsverbundes ist Brandenburg für die Entwicklung und Pflege des Landgerichts-Modul verantwortlich. Der papierlose Datenaustausch mit dem Bundeszentralregister und dem Verkehrszentralregister läuft bidirektional über Schnittstellen. Auch die Übermittlung der statistischen Daten nach PEBB§Y-Vorgaben erfolgt elektronisch.

Mit der Entscheidung für forumSTAR wurde die Weiterentwicklung von MEGA aufgegeben. Mit den verbliebenen MEGA-Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein ist vereinbart, den aktuellen Versionsstand einzufrieren und bis zur Ablösung durch forumSTAR lediglich den laufenden Betrieb zu sichern.

7. MEGA-Inso

Zur IT-technischen Unterstützung der Insolvenzabteilungen wird das Fachverfahren MEGA-Inso in den vier Insolvenzgerichten des Landes eingesetzt. Das Programm wird ständig nach den Vorgaben des MEGA-Entwicklerverbundes durch eine externe

Firma optimiert. Gesetzesänderungen im Bereich des Insolvenzrechts haben neue Anforderungen an die Veröffentlichung der Insolvenzbekanntmachungen gestellt, die unmittelbar aus MEGA-Inso bzw. der eingebundenen Textverarbeitung heraus erfolgen. MEGA-Inso soll nach der Einführung von forumSTAR ebenfalls abgelöst werden.

8. MESTA und SAS

Die Staatsanwaltschaften setzen seit 1999 MESTA (Mehrländer- Staatsanwaltschafts-Automation) ein. Das Programm wird gemeinsam mit den Bundesländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin permanent weiterentwickelt und ausgebaut. MESTA unterstützt alle Arbeitsabläufe der Staatsanwaltschaften und verfügt über Schnittstellen, die mittels XJustiz-Datensatz für elektronische Kommunikationspartner genutzt werden können.

Seit 2007 wird zudem das Staatsanwaltschaftliche Automatisierte Schreibwerk (SAS) eingesetzt. Das in MESTA integrierte Programm wird in Abstimmung mit den Ländern Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gepflegt. Das formularbasierte Schreibwerk wurde um die Möglichkeiten des eingebundenen digitalen Diktats ergänzt. Neu hinzugekommen ist die Integration eines nach den Bedürfnissen der Praxis angepassten DMS, auch wenn die Papierakte weiterhin führend ist. Neben Such- und Recherchemöglichkeiten stellt SAS weitere Funktionen, z.B. für eine „Beweismittelverdichtung“ zur Verfügung. SAS kommt zunehmend auch in der Hauptverhandlung zum Einsatz. Es wurde von dem Justice Forum des Europarates im Jahr 2009 mit der Auszeichnung („Crystal scales of Justice“) als eines der besten vier Projekte gewürdigt.

Das Teilverfahren von SAS „Anklagedatei anfordern und versenden“ ist innerhalb des Landes Brandenburg vor wenigen Tagen in Echtbetrieb genommen worden. Mittels OSCI-Web-Service und des Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV) kann die in MESTA hinterlegte und freigegebene Anklagedatei einer anderen Staatsanwaltschaft angefordert und automatisiert binnen Sekunden übersandt werden.

Ferner ist noch in diesem Jahr ein Projekt geplant, in dessen Rahmen Rechtsanwälten die elektronische Akteneinsicht ermöglicht wird.

Bei der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg ist ein E-Mail-Gateway im Einsatz, das einen individuellen verschlüsselten und signierten E-Mail-Verkehr erlaubt, so mit der Bundespolizeidirektion Berlin und der Polizei des Landes Brandenburg.

9. SolumSTAR

Nachdem Brandenburg im September 2002 die Umstellung auf das elektronische Grundbuch im Amtsgericht Frankfurt (Oder) pilotiert hatte, konnte die Umstellung aller Grundbuchämter im Juni 2006 abgeschlossen werden. Das elektronisch geführte Grundbuch wird für externe Nutzer durch das automatisierte Abrufverfahren (SolumWEB) und einer Katasterschnittstelle ergänzt.

10. TRIJUS-Fach

TRIJUS-Fach ist eine bewährte Fachanwendung speziell für die Arbeitsgerichtsbarkeit, die in Berlin, Brandenburg und Thüringen eingesetzt wird. Mit der Errichtung des gemeinsamen Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg wird TRIJUS-Fach nun im gesamten Instanzenzug beider Länder einheitlich genutzt.

11. Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg

Die in der der ordentlichen Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg anfallenden Mahnverfahren werden seit dem 1. Juli 2006 durch das Zentrale Mahngericht Berlin-Brandenburg bei dem Amtsgericht Berlin-Wedding bearbeitet. Mahnanträge können auch in einem WEB-basierten Verfahren erstellt und an das Mahngericht übermittelt werden.

12. Zentrales Schuldnerverzeichnis

Brandenburg hat im MEGA-Entwicklungsverbund eine Softwarelösung für ein auf der Ebene der Datenverarbeitung zentralisiertes Schuldnerverzeichnis entwickelt. Mittels eines zentralen Servers für die landesweit erfassten Schuldnerdaten hat das Amts-

gericht Nauen die Beauskunftung aus dem Schuldnerverzeichnis für berechtigte Großkunden im Jahr 2008 zentral übernommen. Einzelauskünfte können nach wie vor bei den örtlichen Gerichten erteilt werden.

Die Anforderungen der Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung sollen mit forumSTAR umgesetzt werden.

II. Weitere Verfahren und Dienste

1. Ausstattung der Sozialen Dienste

Die Arbeit der Sozialen Dienste in der Justiz des Landes Brandenburg wird durch das Programm „BwH“ für Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie durch das Ergänzungsmodul „TOA“ für den Täter-Opfer-Ausgleich unterstützt. So können die vorgehaltenen Daten von Probanden in die damit im Zusammenhang stehenden Arbeiten (Berichte an Gerichte und Behörden, Ladungen usw.) einfließen.

2. Internetauftritte der Gerichte und Staatsanwaltschaften

Die Justizbehörden und Gerichte des Landes Brandenburg verfügen jeweils über einheitlich gestaltete barrierefreie Auftritte im Internet. Die gemeinsamen Fachobergerichte der Länder Berlin und Brandenburg sind zudem an das gemeinsame Internetportal www.berlin-brandenburg.de angebunden. Diese Web-Seiten verbessern das Informationsangebot für die Bürger und tragen somit zu einer positiven und transparenten Außendarstellung der Justiz bei.

3. Internetzugang

Arbeitsplätze mit unbeschränktem Internetanschluss sind im Ministerium der Justiz sowie an vielen Standorten des Geschäftsbereiches verfügbar. Im Übrigen haben die Mitarbeiter Zugriff auf freigegebene Seiten. Gegen eine flächendeckende Ausstattung der Arbeitsplätze mit unbeschränkten Internetzugängen sprechen die, im Wesentlichen aus Kostengründen, beschränkten Bandbreiten des „Fachnetzes Justiz“ innerhalb des Landesnetzes sowie Sicherheitsaspekte.

4. Juristische Datenbanken

Die Nutzung von online-Datenbanken ist mittlerweile obligatorisch; ohne die Möglichkeiten einer Onlinerecherche ist eine effektive Arbeit von Richtern und Staatsanwälten und Rechtspflegern nicht mehr denkbar.

Die Rechtsprechungsdatenbanken der Juris GmbH stehen grundsätzlich jedem Richter, Staatsanwalt und Rechtspfleger an seinem Büro-Arbeitsplatz und über den häuslichen PC zur Verfügung. Daneben bestehen z.T. behördenzentrale Zugriffsplätze. Auf der Grundlage der durch die BLK verhandelten Rahmenvereinbarung mit dem Verlag C.H.Beck sind Richtern und Staatsanwälten seit April 2005 auch die beck-online-Produkte zugänglich, die eine Vielzahl von Zeitschriften, Kommentaren, Fachpublikationen, Gesetzessammlungen und weitere Informationen umfassen.

Die Online-Datenbank „ibr-online“ des ID Verlages wird seit Ende 2004 genutzt. Das Angebot enthält Publikationen und Sammlungen von Gesetzen und Regelwerken zum Immobilien- und Baurecht sowie zum Vergaberecht.

5. Justizinformationssysteme

Mit den Systemen „A.S.I.S.“ bei den Staatsanwaltschaften, „JustiNe“ in der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie entsprechenden Lösungen in der Finanz-, Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit stehen den Justizeinrichtungen des Landes leistungsfähige Informationsplattformen auf der Basis von Internettechnologien zur Verfügung, die eine schnelle, effektive und kostengünstige Bereitstellung von Informationen an jedem PC-Arbeitsplatz ermöglichen. Traditionelle Papierumläufe und Vielfachkopien gehören zunehmend der Vergangenheit an. Datenbanken mit komfortablen Suchfunktionen erlauben einen raschen Zugriff z.B. auf Telefonnummern sowie auf Gutachter- und Dolmetscherlisten.

6. KASH

Die Aufgaben der Landesjustizkasse wurden 2006 aus dem Geschäftsbereich des Brandenburgischen Oberlandesgerichts in den Geschäftsbereich des Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg verlagert. Nach wie vor wird aber die Landesjus-

tizkasse als Teil der Landeshauptkasse elektronisch über WinKASH-E mit Daten aus den Justizbereichen beliefert.

7. Kommunikation per E-Mail

Die vollständige Ausbreitung personalisierter E-Mail-Adressen für die Mitarbeiter aller Geschäftsbereiche wurde Jahr 2007 abgeschlossen.

Erste Projekte eines verschlüsselten E-Mailverkehrs mit anderen Behörden wurden von den Staatsanwaltschaften initiiert. So kommunizieren die Staatsanwaltschaften mit der Landes- und mit der Bundespolizei bereits sicher per DVDV und Behördenverschlüsselung. Eine Erweiterung dieser sicheren Kommunikationsform wird geprüft.

8. Spracherkennung

Vor dem Hintergrund knapper werdender Personalressourcen wird zunehmend auch in der automatisierten Spracherkennung eine Möglichkeit zur Effizienzsteigerung gesehen. Dezentrale Erprobungsprojekte in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, bei der Generalstaatsanwaltschaft, dem Finanzgericht, der Sozial- und Verwaltungsgeschichte haben gezeigt, dass die automatisierte Spracherkennung in einigen Bereichen mit gutem Erfolg eingesetzt werden kann, es sich aber weiterhin um eine komplexe und noch nicht vollständig ausgereifte Technologie handelt. Der erfolgreiche Einsatz eines solchen Systems hängt von vielen Faktoren ab, die im Vorfeld nicht vollständig kalkulierbar sind. Auch die Motivation und die sprachlichen Eigenarten des Benutzers spielen eine entscheidende Rolle. Beim Einsatz dieser Technologie konnten bislang keine signifikanten Effizienzsteigerungen festgestellt werden.

9. Veröffentlichung von Insolvenzbekanntmachungen im Internet

Die Insolvenzgerichte des Landes Brandenburg veröffentlichen seit März 2004 ihre Bekanntmachungen im Internet. Damit sind die Bekanntmachungen im Rahmen der vom Gesetzgeber vorgegebenen Suchmöglichkeiten nicht nur schneller sondern auch einfacher zugänglich.

10. Zentrales Vorsorgeregister

Seit 2005 haben die Vormundschaftsgerichte Brandenburgs über das Internet Zugriff auf die Datenbestände des Zentralen Vorsorgeregisters. Die Nutzungszahlen zeigen, dass sich diese Recherchemöglichkeit etabliert hat. Seit Mitte 2007 besteht sie auch für die entsprechende Beschwerdeinstanz am Landgericht.

III. Elektronischer Rechtsverkehr

Die Einführung elektronischer Kommunikationsformen in der Justiz des Landes Brandenburg liegt bereits einige Jahre zurück. Durch den Einsatz des Elektronischen Gerichtsbriefkastens (EGBK) im September 2003 bei dem Finanzgericht Cottbus, dem heutigen Finanzgericht Berlin-Brandenburg, sowie bei der Anbindung der Gerichte des Landgerichtsbezirks Frankfurt (Oder) im Jahre 2005 wurden erste Erfahrungen mit dem elektronischen Rechtsverkehr gesammelt. Seit dem 1. Januar 2007 sind Anmeldungen und zugehörige Unterlagen in Registersachen ausschließlich über das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) einzureichen. Daneben können Schriftsätze und Dokumente bei allen Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit, den Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichten über den Elektronischen Gerichtsbriefkasten sicher und rechtsverbindlich eingereicht werden. Der Elektronische Gerichtsbriefkasten bietet eine einfach zu bedienende barrierefreie Web-Oberfläche, wahlweise auch eine Client-Anwendung. Rechtsverbindliche elektronische Zustellungen vom Gericht an die Verfahrensbeteiligten sind ebenfalls möglich. Der Zugang zum Elektronischen Gerichtsbriefkasten erfolgt über die Internetseite www.gerichtsbriefkasten.de oder über die jeweilige Gerichts-Homepage. Die Praxis hat dieses Serviceangebot der Justiz gut angenommen und schätzt dessen einfache Bedienbarkeit.

IV. Aktuelle Einzelprojekte

1. Einführung eines DMS/VBS im MdJ (EL.DOK)

Auf Beschluss der Landesregierung ist in allen Ministerien bis Ende des Jahres 2011 das DMS/VBS EL.DOK einzuführen. Dadurch sollen kürzere Bearbeitungszeiten, ein

schnellerer Zugriff auf Informationen und ein einheitlicher Workflow ermöglicht werden. Diese Entscheidung bedeutet auch für das Ministerium der Justiz den ersten Schritt zu einer als zukunftsorientiert angesehenen Arbeitsweise. Erste Teststellungen im Hause dienen der Einarbeitung in die elektronische Vorgangsbearbeitung und der Optimierung der Benutzeroberfläche. Die Pilotierung im IT-Referat könnte Ende des Jahres 2010 erfolgen.

2. PerlS

In der überwiegenden Zahl der Ministerien des Landes Brandenburg sowie in vielen nachgeordneten Bereichen der Landesverwaltung wird das im März 2008 zum Landesstandard erklärte Personalverwaltungs- und -informationssystem (PerlS) – wenn gleich harmonisiert, so doch in individuell unterschiedlichen Anwendungstiefen und -breiten – verwendet. Es ist beabsichtigt, PerlS in der Version 5, die über eine integrierte Schnittstelle zu KIDICAP, dem Bezügeverfahren der Zentralen Bezügestelle des Landes Brandenburg (ZBB), verfügt, möglichst zeitnah zunächst im Ministerium der Justiz und sodann im Geschäftsbereich einzuführen. Zudem soll PerlS mit einem Dienstplanungsprogramm für den Vollzug und einem Modul zur Personalkostenbudgetierung verzahnt werden.

3. Elektronische Verkündung von Gesetzen und Verordnungen

Das Ministerium der Justiz hat im Auftrag der Landesregierung das elektronische Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg zum 1. Oktober 2009 eingeführt. Unter der Adresse www.landesrecht.brandenburg.de werden die Gesetze und Rechtsverordnungen des Landes in ihrer authentischen und rechtsverbindlichen Form elektronisch verkündet. Das Verkündungsblatt erscheint als amtliche Publikation nicht mehr in Papierform.

Durch die Umstellung auf eine elektronische Normverkündung im Land Brandenburg sollen Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Wirtschaft und Verwaltung über das Internet unmittelbar auf die amtlichen Gesetzesfassungen zugreifen können. Das elektronische Gesetzblatt ist damit zu jeder Zeit und für alle Interessierten einfach und kostenlos zugänglich. Zugleich kann ein größerer Bevölkerungskreis als bisher er-

reicht werden. Die gegenwärtig noch genutzte Basisversion des Gesetzblattes wird stetig weiterentwickelt.

Zur Vorbereitung der elektronischen Verkündung von Gesetzen und Verordnungen, sind alle Gesetzentwürfe und Verordnungen des Landes mittels der elektronischen Arbeitshilfe „eNorm“ zu erstellen. Grundlage ist das vom Bundesministerium der Justiz verwendete Programm „eNorm“, das an die Bedürfnisse des Landes angepasst wurde.

4. Vollständiges Landesrecht im Internet

Ebenfalls im Auftrag der Landesregierung hat das Ministerium der Justiz im Internet die elektronische Landesrechtsdatenbank „Brandenburgisches Vorschriftensystem - BRAVORS“ eingerichtet. Diese Datenbank enthält die aktuellen Fassungen der Gesetze und Rechtsverordnungen des Landes in konsolidierter Form sowie deren historische Fassungen ab 2001. Unter der Adresse www.landesrecht.brandenburg.de können diese Vorschriften sowie sämtliche Verwaltungsvorschriften kostenfrei abgerufen werden.

5. Bildung eines zentralen IT-Dienstleisters

Die IT-Infrastruktur der unmittelbaren Landesverwaltung sowie deren IT-Querschnittsaufgaben werden auf einen zentralen Dienstleister (ZIT-BB) übertragen. Die Pflege und Administration der Fachverfahren verbleibt bei den bisher zuständigen Stellen. Im Geschäftsbereich der Justiz geht nur die IT des Ministerium der Justiz auf den ZIT-BB über.